

Marsch 2016 für das Leben

Berlin · 17.09.2016

Jeder Mensch ist gleich wertvoll

**Informationen und
Berliner Erklärung**



**Ja zum Leben – für ein Europa
ohne Abtreibung und Euthanasie!**

Der „Marsch für das Leben“ ist ein Schweigemarsch, an dem zahlreiche Menschen aus ganz Deutschland aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Kreisen, Kirchen und politischen Hintergründen teilnehmen.

Einige der Teilnehmer sind im sozialen, diakonischen oder medizinischen Berufen tätig, andere ehrenamtlich im Bereich Beratung und Hilfe oder als Mitarbeiter von Einrichtungen, die Schwangere und Mütter unterstützen. Viele kennen aus ihrem privaten oder beruflichen Leben das Leid, das Abtreibung den Betroffenen und unserer Gesellschaft zufügt.

Die mitgeführten weißen Holzkreuze sind ein Zeichen der Trauer und des Gedenkens an die Tag für Tag in Deutschland abgetriebenen Kinder – und an die Frauen, Männer und Familien, die darunter leiden.

Was uns heute eint, ist die Erkenntnis, dass es mit der massenhaften Abtreibung und der Rückkehr des Euthanasie-Denkens so nicht weitergehen darf.

Die Anliegen und Forderungen des Marsches für das Leben sind in umseitiger Berliner Erklärung artikuliert. Mit anderen gesellschaftlich-politischen Themen als dem Lebensrecht befassen wir uns heute nicht.

The Berlin March for Life 2016

Today, many people from all over Germany and other European countries gather for the annual march for life, a pro-life event to remember the aborted children and the unnumerous women, men, and families who suffer from an abortion.

Although the German constitution protects unborn children and laws should prevent abortion, there had been over 1.8 million registered abortions in Germany since year 2000, and many estimate the real number of abortions much higher.

With the Berlin march for life, we call the German society and politics to take action to really prevent and avoid abortion and to better help unplanned pregnant parents in need. We are also deeply concerned about the silent increase of acceptance of euthanasia, in Europe, as it is already being practiced again in some countries.

Everybody and every human life is of the same worth, regardless of state of life, attributes, or circumstances.

**Yes to life – for a Europe
without abortion and euthanasia!**



ICH BIN MENSCH

Theorie ...

Das **Lebensrecht** – das Recht jedes Menschen auf (das eigene) Leben – ist **das oberste und wichtigste Menschenrecht**. Wer nicht mehr lebt, braucht auch keine anderen Rechte mehr.

„Jeder hat das Recht auf Leben“ Art. 2 Abs. 2 GG

Das Lebensrecht kann durch andere Rechte wie das Selbstbestimmungsrecht oder die Entscheidungsfreiheit anderer Personen nicht gemindert oder beseitigt werden, auch nicht durch die eigenen Eltern.

Das Lebensrecht gilt ohne Einschränkungen und **bedingungslos** für jeden Menschen, also auch für Ungeborene, Kranke, Menschen mit Behinderungen, Alte, Sterbende, Nicht-Einwilligungsfähige oder aus irgendeinem Grund unerwünschte Menschen:

„Das Grundgesetz verpflichtet den Staat, menschliches Leben zu schützen. Zum menschlichen Leben gehört auch das ungeborene. Auch ihm gebührt der Schutz des Staates. Die Verfassung untersagt nicht nur unmittelbare staatliche Eingriffe in das ungeborene Leben, sie gebietet dem Staat auch, sich schützend und fördernd vor dieses Leben zu stellen“

Bundesverfassungsgericht, BVerfGE 88,203 (1993)

... und Praxis

Die Realität sieht jedoch leider deutlich anders aus: Allein in den Jahren 2000–2015 wurde in Deutschland nach offiziellen Angaben über 1,8 Millionen (!) Kindern vor der Geburt ihr Leben genommen.



Selektion durch PND und PID sowie durch den neuen Schwangeren-Bluttest werden zunehmend gesellschaftlich akzeptiert.

Euthanasie wird unter dem Begriff der „Sterbehilfe“ erneut die Tür geöffnet.

Niemand kann sagen, er hätte von nichts gewusst!

* Altersangabe ab Empfängnis, Abbildung etwa in Originalgröße

Berliner Erklärung zum Schutz des ungeborenen Lebens

Der Bundesverband Lebensrecht appelliert an Politik und Gesellschaft, das **unbedingte Recht auf Leben als oberstes Menschenrecht** und elementare Grundlage unserer rechtsstaatlichen Ordnung zu achten und durchzusetzen.

Jeder Mensch, ob geboren oder ungeboren, hat das Recht auf Leben und Achtung seiner Würde.

Jeder Mensch ist gleich wertvoll, unabhängig vom Stand seiner Entwicklung, von Eigenschaften und Umständen.

Die Schutzpflicht des Staates gilt jedem einzelnen Menschen ab der Zeugung. Dessen Menschenwürde und Lebensrecht ist unabhängig von der Entscheidung Dritter.

Deshalb fordern wir:

1. **Liebe und Verantwortung statt Abtreibung.**

Wir brauchen eine neue Willkommenskultur für jedes ungeborene Kind und eine Rückkehr zur Verpflichtung, auch für bereits gezeugte Kinder zu sorgen und ihnen den Schutz zu gewähren, den sie benötigen. Schwangere und Familien

in Not müssen wirksame und nachhaltige Hilfe zum Durchstehen der Krisenzeiten und zum Leben mit ihren Kindern erfahren.

- 2. Inklusion auch vor der Geburt.** Zum Schutz von Menschen mit Behinderung, Besonderheiten oder bestimmten genetischen Eigenschaften ist zu einem Verbot aller Pränataldiagnostik und PID zurückzukehren, die nicht dem Leben und der Gesundheit des ungeborenen Kindes und seiner Mutter dient. Die Ausweitung der Schwangeren-Bluttests und deren Einführung als Kassenleistung ist zu verhindern.
- 3. Achtsame Zuwendung statt Tabuisierung.** Häufige Folgen einer Abtreibung wie posttraumatische Belastungsstörungen bei Frauen, Männern, Kindern und medizinischem Personal dürfen nicht länger geleugnet und verharmlost werden, sondern müssen vorurteilsfrei erforscht werden, um Wege zur Therapie zu eröffnen.
- 4. Aufklärung statt Desinformation.** Das schwere Unrecht der Tötung von Kindern vor ihrer Geburt ist auch in der Sexualerziehung beim Namen zu nennen und anhand des Grund-

gesetzes zu begründen. Der Propagierung eines angeblichen „Menschenrechts auf Abtreibung“ ist von staatlicher Seite ebenso entgegenzutreten wie der falschen Behauptung, Abtreibung sei Teil der „sexuellen Selbstbestimmung“.

5. **Keine Steuergelder für die Tötung von Menschen.** Die weitgehende Finanzierung der Abtreibungen durch den Staat sowie die Förderung von Organisationen, die Abtreibungen durchführen oder gezielt die völlige Freigabe der Abtreibung bis zur Geburt fordern, ist umgehend einzustellen.
6. **Handeln statt Schweigen.** Möglichkeiten zur massiven Eindämmung der Abtreibung auf Ebene von Bund, Ländern und Kommunen sind zielorientiert und konzertiert zu nutzen, ein bundesweiter Aktionsplan ist zu erstellen. Die Abtreibungsgesetze, das Beratungsgesetz und ihre Praxis sind, wie höchststrichterlich gefordert, einer umfassenden Prüfung ihrer abtreibungsverhindernden Wirkung und einer Korrektur zu unterziehen.
7. **Nächstenliebe statt „lebensunwertes Leben“.** Zum Schutz von suizidgefährdeten, kranken und alten Menschen und zur Verhinderung einer

Entwicklung hin zur fremdbestimmten Euthanasie wie in Nachbarländern ist jede Mitwirkung an der Selbsttötung zu verbieten, auch die Beihilfe durch Ärzte, Pfleger und Angehörige. Die Palliativ-Versorgung und die Aufklärung der Öffentlichkeit darüber sind auszubauen.

Wir rufen auf, gemeinsam für ein Europa ohne Abtreibung und Euthanasie einzutreten.

Dazu ist auf allen Ebenen ein Umdenken zugunsten von ungeborenen, kranken und alten Menschen erforderlich. Nur so ist allen Menschen ein Leben in Selbstbestimmung, Freiheit und Würde möglich.
Gemeinsam für das Leben – immer.

(Online unter www.marsch-fuer-das-leben.de)



Bundesverband Lebensrecht e. V.
Fehrbelliner Straße 99 · 10119 Berlin

Tel. (030) 644 940 39 · berlin@bv-lebensrecht.de
Spendenkonto: DE69 5206 0410 0008 0032 03

Mitglieder: Aktion Lebensrecht für Alle (ALfA) · Ärzte für das Leben · Christdemokraten für das Leben (CDL) · Durchblick e. V. · Europäische Ärztereaktion in den deutschsprachigen Ländern · Juristen-Vereinigung Lebensrecht (JVL) · Kooperative Arbeit Leben Ehrfürchtig Bewahren (KALEB) · Pro Conscientia · pro mundis e. V. · Rahel e. V. · Stiftung Ja zum Leben · Treffen Christlicher Lebensrecht-Gruppen (TCLG) · Weißes Kreuz

Rat und Hilfe für Schwangere

Einige Adressen von Beratungsstellen und Initiativen, die versuchen, Ihnen bei ungeplanter Schwangerschaft, Problemen in/nach der Schwangerschaft oder nach einer Abtreibung weiter zu helfen, finden Sie unter www.hilfreiche-adressen.de

24-Stunden-Notruf (vital): **0800 36 999 63**
In Berlin können Sie sich z. B. an die Beratungsstelle von KALEB e. V. wenden, Telefon (030) 22 80 57 70.

Gerade nicht schwanger?

Und doch geht das Thema uns alle an. Bitte lassen Sie schwangere Frauen nicht allein! Alleingelassen können Schwangere alternative Möglichkeiten und Wege oft nicht mehr erkennen und wählen aus Unkenntnis und Verzweiflung den Tod ihres Kindes – und leiden hinterher häufig noch mehr.

Als Mann und Partner: Bitte stehen Sie zu ihrer Verantwortung ihrer Partnerin und Ihrem Kind gegenüber!

Viele Kinder hätten eine Chance, viele Probleme könnten gemeistert werden, wenn wir – gemeinsam mit ihren Eltern – für ihr Leben eintreten.

Therapie Partnerschaft Stammzellforschung
Indikation **Abtreibung** Betreuungsgeld Nötigung
Gencheck
aktive Sterbehilfe Kryokonservierung Bluttest hES Fehlgeburt
Adoption Früheuthanasie Embryo **Euthanasie**
Missbrauch Kind als Schaden Krankenkasse
Selbstbestimmung Trauma Tötung auf Verlangen Hilfe

Bitte werden auch Sie aktiv:

Abtreibung und Euthanasie sind nicht unvermeidbar, sondern das Ergebnis jahrzehntelanger Lobbyarbeit. Helfen Sie mit, die Entwicklung umzukehren! Veränderung braucht Köpfe, Herzen, Hände und dauerhaftes, ernsthaftes Engagement.

Jeder kann sich einbringen: In Deutschland gibt es einige Initiativen, die sich mit verschiedenen regionalen und inhaltlichen Schwerpunkten für das Leben einsetzen. Bei Interesse sprechen Sie uns gerne an.

Gemeinsam für das Leben – sind Sie dabei?

Marsch 2017
für das **Leben**

Berlin · 16.09.2017

Bitte merken Sie den Termin in Ihren Kreisen vor und laden Sie gerne auch Ihre Freunde und Bekannten ein.